



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

**Haushaltsrede 2014 am 11. Februar 2014
des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheine Alfred Holtel**

Sehr verehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Herren des Verwaltungsvorstandes,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Haushaltsentwicklung für das Jahr 2014 und folgende Jahre hat leider nicht mehr die positive Tendenz, die ich noch in meinen Stellungnahmen 2011 und 2013 aufgezeigt hatte. Bereits bei der Einbringung des Haushaltes am 15. Oktober 2013 durch Sie, Frau Dr. Kordfelder, wurde der Fehlbetrag des städtischen Haushaltes korrigiert, und zwar von 4,885 Mio. Euro auf dann bereits 7,871 Mio. Euro. Grund hierfür war zu einem Großteil die Verringerung der Schlüsselzuweisungen des Landes.

Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen in 2011 und 2012 durch die sich festigende wirtschaftliche Entwicklung hat sich trotz oder wegen der städtischen Steuererhöhungen leider in 2013 nicht den Wünschen entsprechend fortgesetzt. Die Finanzlage der Stadt ist schlecht, erheblich schlechter als 2013, und auch noch bei der jetzt anstehenden Verabschiedung haben sich die Zahlen in wenigen Wochen auf nun **9.244 Mio. Euro** dramatisch verändert.

Kommunale Verschuldungslage

Während sich die deutsche Wirtschaft von der Finanzkrise erholt zu haben scheint, geht es den Kommunen in Nordrhein-Westfalen zusehends schlechter. Nur etwa 5 % der Kommunen in NRW haben einen ausgeglichenen Haushalt. Diese Schieflage liegt allerdings nicht an vorübergehenden Konjunkturunbrüchen, sondern an der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen, denn grundsätzlich entspricht die Höhe der Pflichtausgaben nicht ihrer finanziellen Ausstattung durch Land und Bund. Die weiter wachsenden Pflichtaufgaben, besonders im sozialen Bereich, lassen sich von den Kommunen weder steuern noch wesentlich beeinflussen.

Allein in den Kernhaushalten der Städte und Gemeinden in NRW summieren sich die Verbindlichkeiten auf über 50 Mrd. Euro. Mehr als die Hälfte davon sind sogenannte Liquiditätskredite (Kassenkredite), die mit privaten Dispokrediten vergleichbar sind und in der Regel kurze Laufzeiten aufweisen. **Dies ist in Rheine zwar nicht der Fall.** Die Verschuldung der Kernverwaltung vor Ort ist im Zeitraum 2008 – 2012 zwar um rund 7 Mio. Euro gefallen, dies ist aber im Wesentlichen der Übertragung zweckgebundener Darlehen auf die in 2008 gegründete „AöR Technische Betriebe Rheine“ geschuldet.

Verantwortlichkeiten

- Unsere Kommune ist Teil dieses Verschuldungssystems. Deshalb ist es zuvorderst unsere Aufgabe, vor der eigenen Haustür zu kehren und unseren **Haushalt zu konsolidieren**.
- Gleichwohl sind auch der **Bund** und das **Land** nicht ganz unschuldig an unserer Problemlage. Beide **enthalten** der kommunalen Familie **Gelder vor**, die ihr eigentlich zustünden. Beide sorgen regelmäßig mit neuen oder höheren Standards dafür, dass unsere **Aufgabenerfüllung teurer** und teurer wird.
- Allein können wir das vor Ort unmöglich kompensieren. Der Bund und das Land müssen ihrer **Finanzierungsverantwortung** für die kommunale Gemeinschaft nachkommen.

Finanzierungsverantwortung des Bundes / Sozialkosten

- Dies fängt mit den kommunalen **Ausgaben** für **soziale Leistungen** an, die wesentlich auf Bundesgesetze ohne auskömmliche Finanzierung zurückzuführen sind.
- So hat uns die rot-grüne Bundesregierung unter **SPD-Kanzler Schröder** zu Beginn der 2000er Jahre bei der Hatz-IV-Gesetzgebung sowohl die **Kosten der Unterkunft und Heizung** (KdU) als auch die **Grundsicherung im Alter** beschert.
- Ein weiterer großer Ausgabenbereich sind die sog. **Eingliederungshilfekosten** für behinderte Menschen. Das sind Aufwendungen für die Heimunterbringung, für Behindertenwerkstätten oder für ambulante Betreuung. Diese Aufgabe wird in NRW von den **Landschaftsverbänden** wahrgenommen und von den nachgelagerten Kommunen über die **Umlage** bezahlt.
- Landesweit kosten diese **gesamtgesellschaftlichen Aufgaben** mehrere Milliarden Euro im Jahr, die bislang fast vollständig von der kommunalen Familie zu schultern waren.
- Erst die **schwarz-gelbe Koalition** der vergangenen Bundesregierung **hat** damit **angefangen**, diese Missstände **auszuräumen**. **FDP** und **Union** ist es zu verdanken, dass der **Bund** zukünftig die kompletten **Kosten** für die **Grundsicherung** im Alter **übernimmt**. Das sind landesweit über eine Milliarde Euro pro Jahr.

Des Weiteren hat Schwarz-Gelb **Finanzierungsverantwortung** u.a. in folgenden Bereichen übernommen:

- **Bildungs- und Teilhabepaket:**
Der Bund finanziert sämtliche tatsächlichen Ausgaben. Das Land NRW hingegen hat die Mittel bislang nur pauschaliert an die Kommunen weitergegeben
- **Bundeskinderschutzgesetz:**
Der Bund übernimmt die Anschubfinanzierung.
- **U3-Betreuung**
Der Bund beteiligt sich stärker als zuvor verabredet an der U3-Finanzierung (bis 2014 insgesamt 5,4 Milliarden Euro für U3-Ausbau zzgl. 845 Millionen Euro pro Jahr Betriebskostenzuschuss ab 2014).
- **Die Entflechtungsmittel**
aus der Föderalismuskommission I wurden für den Zeitraum 2014-2019 festgeschrieben (2,6 Milliarden Euro pro Jahr).
- Schwarz-Gelb hat die **Anhörungsrechte** der **kommunalen Spitzenverbände** im Bund **gestärkt**. Bei allen kommunalrelevanten Gesetzesvorhaben sind sie zukünftig im Bundestag und in den Bundesministerien einzubinden.

Finanzierungsverantwortung des Landes / Konnexität

- Auch das **Land NRW** ist für die desolate kommunale Finanzlage **mitverantwortlich**. Ausschlaggebend war hier die SPD unter **Johannes Rau** in den 1980er Jahren. Damals wurde der kommunale Anteil an den **Gemeinschaftssteuern** von 28,5% auf heute 23% **abgesenkt**. Auf diesem Wege wurde den Kommunen insgesamt **rund 50 Milliarden Euro entzogen**. Das entspricht etwa ihrem heutigen Schuldenstand.
- Und **obwohl** für die Übertragung neuer Aufgaben mittlerweile das **Konnexitätsprinzip** („wer bestellt, bezahlt“) in der Landesverfassung verankert ist, finden SPD und Grüne immer wieder **Umgehungstatbestände**.
- Augenblicklich streiten wir uns zum Beispiel über die Kosten der **schulischen Inklusion**. Alle wissen, welche immensen Ausgaben auf uns zukommen, wenn wir die Inklusion in der gebotenen Qualität wollen. Trotzdem hat sich Rot-Grün bisher geweigert, finanzielle Verantwortung zu übernehmen. Zwar wird auf Druck der kommunalen Spitzenverbände nun ein Gutachten erstellt. Was dabei herauskommt, steht jedoch in den Sternen.
- Auch an anderen Stellen drückt sich das Land um die Finanzierung. Beispiele sind die **Mehrkosten** durch das **Tariftreue- und Vergabegesetz**, veränderte Zuständigkeiten bei der **Umweltverwaltung** oder Standarderhöhungen beim **Vormundschaftsrecht**. Auch hier steht das Land in der Pflicht.

Finanzielle Mindestausstattung

- Kern allen Übels ist die Tatsache, dass die **Landesregierung** den tatsächlichen **Finanzbedarf der Kommunen** überhaupt **nicht beziffern** kann. **Weder** liegt den Ministerien eine vollständige Übersicht unserer pflichtigen und freiwilligen **Aufgaben** vor, **noch** hat es jemals ein Minister für nötig befunden, eine kommunale **Bedarfsanalyse** vorzunehmen.
- Stattdessen bedient sich Rot-Grün beim kommunalen Finanzausgleich einer **fragwürdigen Berechnung** mit **fiktiven Werten**. Die dabei ermittelten lokalen Finanzbedarfe sind von der Wirklichkeit so weit entfernt ist wie der Mond von der Erde.
- Aber bisher weigert sich Rot-Grün konsequent, den lokalen Finanzbedarf transparent zu analysieren.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal die zentralen Forderungen herausstellen:

1. *Das Land muss den Finanzbedarf der Kommunen endlich wirklichkeitsnah ermitteln und anerkennen.*
2. *Die Schlüsselzuweisungen des Landes müssen fair verteilt werden.*
3. *Die Kommunen brauchen eine auskömmliche finanzielle Mindestausstattung.*
4. *Kosten für neue Aufgaben wie Inklusion sollen vom Land auch finanziert werden.*

Zur Kinderbetreuung in unserer Stadt:

Ziel der FDP-Fraktion war und ist es nach wie vor, die Bereiche **Kinderbetreuung, Bildung, Schule- und Jugendförderung** zukunftsfähig abzusichern und auf neue Herausforderungen sinnvoll zu reagieren:

Noch im vergangenen Jahr waren alle Beteiligten der Ansicht, dass die für Rheine notwendigen Betreuungsplätze für U-3 Kinder geschaffen und dabei auch die Plätze für alle Ü-3-Kinder abgesichert werden können.

Leider gab es wieder gravierende Stolpersteine aus Düsseldorf: „keine Landes-zuschüsse für die Sanierung der Kindergärten in Elte, Mesum und Hauenhorst! Dann folgte auch noch der Erlass des Familienministeriums - alle neu geschaffenen U3-Plätze müssen zwingend mit U-3 Kindern besetzt werden, andernfalls werden die gewährten Zuschüsse zurückgefordert.

Wie sehr sich diese nicht nachvollziehbaren Entscheidungen und unflexible Haltung der Landesregierung auf die nach wie vor fehlenden Plätze für die Kinder ausgewirkt hat, konnten Sie in den zahlreichen Berichterstattungen der Presse zu diesem Thema entnehmen. - Es hält uns jedoch nicht davon ab, uns ganz besonders über die positive Entwicklung der Kinderzahlen in unserer Stadt zu freuen.

Sekundarschulen

Der Schulkonsens in NRW, dessen Ergebnis u.a. die neue Schulform „Sekundarschule“ ist, war die Entscheidung von CDU, SPD und den Grünen im Landtag. Die FDP in NRW vertritt eine andere politische Position. Wie es sich jedoch für Demokraten gehört, hat die FDP in Rheine trotzdem diesen Schulkonsens und die Sekundarschule als neue Schulform akzeptiert und bei der Einrichtung von zwei Sekundarschulen in Rheine konstruktiv mitgearbeitet.

Den Liberalen in Rheine war und ist es immer wichtig, dass alle Stadtteile in Rheine weiterführende Schulen haben. Auf der einen Seite spart die Stadt Rheine somit **Schülerfahrkosten**, die zuletzt immerhin **1,8 Mio. Euro** betrugen, zum anderen sind weiterführende Schulen sowohl im Norden, Westen, Süden und Osten der Stadt wichtig für die Zusammenarbeit mit Grundschulen, Vereinen und Institutionen in den jeweiligen Stadtteilen. Deshalb hatte sich die FDP in Rheine vehement für den Erhalt des Schulstandortes Fürstenberg-Realschule im Norden der Stadt eingesetzt, da dieser Stadtteil sonst ohne weiterführende Schule geblieben wäre.

In der Haushaltsrede 2013 forderten Sie, Herr Roscher, für Ihre SPD-Fraktion bei Nutzung eines sachgerechten Befragungsbogens und einer fairen Diskussion die Standorte Dorenkamp und Overbergschule zu bevorzugen. Die gerade für 2,4 Mio. Euro renovierte und erweiterte Don-Bosco-Schule - ideal gelegen für den Südraum: Mesum, Elte und Hauenhorst, aber auch für die südlichen Stadtteile von Rheine (mit optimaler Sportinfrastruktur) - sollte damals nach Meinung der SPD auf der Strecke bleiben.

Obwohl die Entscheidungen zu den Standorten der Sekundarschulen als auch der Eltern-Fragebogen vom Dezernenten für Gesamt- und Sekundarschulen (Bezirksregierung Münster) überprüft und nicht beanstandet wurden, erwecken Sie noch heute den Eindruck, als seien die getroffenen Entscheidungen nicht korrekt gewesen. – WARUM?

Thesen, die man immer wieder aufstellt, werden deswegen nicht wahrer!

Herr Lafleit, Dezernent der Bezirksregierung Münster, erklärte seinerzeit vor über 500 Zuschauern in der Stadthalle: **Eine zweite Gesamtschule in Rheine ist nicht genehmigungsfähig** – siehe hier auch die Entscheidung der Bezirksregierung für Emsdetten!

Da es nach wie vor – vielleicht aus Unkenntnis in der Sache – die Anregungen gibt, die Schüler der Sekundarschule Rheine nicht in der Fürstenberg-Realschule sondern in der Overbergschule zu beschulen, möchte ich diesen heimlichen oder unheimlichen Schulexperten die Frage stellen, wie diese Unterbringung denn realisiert werden sollte? Diese Schule ist z.Zt. bereits komplett ausgelastet, es sind dort 17 Klassen untergebracht: 2 x Klasse 6, 3 x Klasse 7, 4 x Klasse 8, 5 x Klasse 9 und 3 x Klasse 10.

Natürlich kommen auf die Stadt Rheine Umbaukosten für die Sekundarschule im Schotthock zu! Doch wie man Kosten beeinflussen kann, zeigt folgendes Beispiel:

Für die erste Umbauphase waren im Mai 350.000 € eingeplant. Nach Gesprächen vor Ort von FDP und CDU mit den Schulleitungen der Fürstenberg-Realschule und

der Sekundarschule entstanden für diese Umbauphase jedoch nur reale Kosten von 160.000! Soviel zu den Zahlen, die momentan in der Öffentlichkeit genannt werden.

Damit es allerdings nicht zu den Horrorszenarien von 6 – 8 Mio. € für den Ausbau dieser Schule kommt, (diese Summen werden gern von sogenannten „Fachleuten“ von SPD und Grünen genannt), haben CDU und FDP den baubegleitenden Arbeitskreis zur fairen Kontrolle der **notwendigen und sinnvollen** Kosten beantragt. Doch hier weigern sich SPD und Grüne mitzumachen. Oder geht es ihnen vielleicht doch nicht um die Kosten, die eingespart werden können sondern immer noch um den Schulstandort?

Personalkosten in unserer Stadtverwaltung

Bei Einführung der Altersteilzeit haben seinerzeit Verwaltung und Fraktionen eine Vereinbarung über einen Stellenabbau von 18 Planstellen getroffen. Herr Hermeling hat dazu aktuell erklärt, dass dies bis 2015 realisiert werden wird. Angesichts des Zuwachses von 6,73 Stellen (von bisher 476,63 Stellen in 2013 auf 483,36 in 2014) wird die FDP-Fraktion diese und kommende Stellenpläne intensiv begleiten.

Die Verwaltung sollte auch ernsthaft prüfen, ob die vorhandenen Doppelstrukturen mit der Kreisverwaltung, z.B. im Rechnungsprüfungs- und Vermessungsamt nicht zusammengelegt werden können. Technisch sind beide Ämter Konkurrenten im gleichen Aufgabenfeld. Allerdings finanzieren wir beide Ämter doppelt, zum einen für die Stadt Rheine direkt und zum anderen über die nicht geringe Kreisumlage.

Stadtentwicklung

Die zukünftige Entwicklung der Stadt Rheine erfordert das Setzen neuer Akzente. Hier sind vorrangig die Umnutzung der Konversionsflächen (Bundeswehrgelände) und die Attraktivität der Innenstadt (Rahmenplan Innenstadt) in den Blick zu nehmen.

Der Rahmenplan „Innenstadt“ ist in den vergangenen Monaten einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt worden. Die Bürger unserer Stadt haben erfreulicherweise ein großes Interesse gezeigt. Die FDP-Fraktion begrüßt ausdrücklich die ihrer Meinung nach wegweisenden Vorstellungen der Gutachter und dankt allen Beteiligten ganz besonders für die geleistete Arbeit. Der Rahmenplan wird die Leitlinie der Stadtentwicklung für viele Jahre sein, wobei die Einzelheiten noch zu diskutieren sind. **Die Anpassung an die sich verändernde Stadt wird in den kommenden Jahren Hauptaufgabe der entsprechenden Gremien sein.** Insbesondere die Festlegung der Prioritäten der einzelnen Maßnahmen muss unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Stadt und möglicher Fördermittel getroffen werden.

Eines jedoch bereitet der FDP Sorgen. Nach Fertigstellung der Emsgalerie, der Umgestaltung des EEC und des Umfeldes wird sich der Schwerpunkt der Innenstadt mehr und mehr an das Emsufer verlagern mit der Gefahr, dass Borneplatz, Emsstraße, Staelscher Hof und Rathauszentrum das Nachsehen haben und der Leerstand dort zunimmt. Die FDP sieht es daher als vorrangig an, diese Standorte – einschließlich Bahnhofsvorplatz und Busbahnhof – aufzuwerten, um diesem Trend

rechtzeitig entgegenzuwirken. Unter den genannten Überlegungen wird auch die Umgestaltung des Marktplatzes neue Impulse für die Innenstadt geben. Danach sollte unter Beteiligung aller Betroffenen diskutiert werden, ob die Nutzung als Wochenmarkt bei erweitertem Gastronomieangebot noch sinnvoll ist. Ein Wochenmarkt auf dem Borneplatz könnte diesen und das Rathauszentrum aufwerten, die Nähe zum renovierten Busbahnhof praktischen Nutzen bringen.

Rheine R - Querspange

Obwohl bereits seit Dezember 2010 feststeht, dass die **Finanzierung der Querspange ohne finanzielle Beteiligung des Kreises auskommen muss und nicht nach GVFG-Muster 60-20-20 % gefördert** wird, hat es bis heute weder von der Verwaltung noch von den anderen Fraktionen, die seinerzeit dieses Projekt entschieden haben, Ansätze für eine alternative Erschließungslösung gegeben.

Seit 2007 steht die zukünftige Nutzung des Rangierbahnhofs im Mittelpunkt vieler Diskussionen. Sicherlich eignen sich große Bereiche dieses Areals (zeitweise als Kombi-Bahnhof ausgewiesen) für eine wirtschaftliche Nutzung. An der Hauenhorster Straße zwischen Dyckhoff und dem Wasserturm haben sich über die Jahre hinweg einige Gewerbebetriebe angesiedelt. Aus planerischer Sicht besteht derzeit keine Notwendigkeit, eine Haupteerschließungsstraße (die vielfach auch als Querspange bzw. K 66 n bezeichnet wird) **für 12 Mio. Euro** zu bauen. Als Alternativen hat die FDP z.B. die Erschließung über das Bahngleis zum Kalkwerk (wird z.Zt. nicht mehr genutzt) zusammen mit dem östlichen Teil der Anne-Frank-Straße aufgezeigt. Ebenfalls führt von Süd-Westen her die Erschließungsstraße „Zum Kombibahnhof“ in das neu entstehende Gewerbegebiet. Eine weitere Zufahrt ist inzwischen an der Hauenhorster Straße am Ortsausgangsschild entstanden. Obwohl die Straße „Zum Kombibahnhof“ von der Verwaltung bereits 2009 für abgängig erklärt worden ist, dient diese Straße nach wie vor als Hauptzufahrt – dies sogar für den intensiven Baustellenverkehr in den letzten Monaten und Jahren. Es hätte durch Grundstückstausch in 2008/2009 ebenfalls die Möglichkeit bestanden, durch seinerzeit noch unbebaute Gewerbegrundstücke an der Hauenhorster Straße eine kostengünstigere Erschließungsstraße zu bauen.

Bevor ich schließe, möchte ich mich ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die hervorragende Vorarbeit, die tatkräftige Unterstützung und die konstruktiven Gespräche bedanken.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt für 2014 zu.

Gleichzeitig darf ich versichern, dass wir die im Haushalt aufgeführten Ausgaben und Planungen auch zukünftig kritisch beobachten und hinterfragen werden:

sind diese Ausgaben zwingend notwendig, kann man sie vermeiden
oder gibt es sinnvolle Alternativen, sie zu reduzieren.

Vielleicht noch ein Hinweis für Sie Frau Dr. Kordfelder:

Von einer Bürgermeisterin erwarten viele Mitbürger klare Aussagen, u.a. zur

Situation der Sekundarschulen
Übermittagbetreuung an den Schulen
Ausreichende Betreuung der U-3 und Ü3-Kinder.

Ich bedanke mich bei der Bürgermeisterin, dem Verwaltungsvorstand, den Ratskolleginnen und Ratskollegen, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt sowie der Presse für ihre Aufmerksamkeit.